

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.60 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18600.

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Zeitzeile 50 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 75 Pfg. Bezahl. bei Platzvorschritt 55 Pfg. und 50%, Feuerungszuschlag — 83 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Neue Erhöhung der Lebensmittelpreise.

### Hessige Kämpfe zwischen Bolschewisten und Esten.

Über heftige Kämpfe zwischen Esten und Bolschewisten an der Narwa-Front wird aus Helsinki berichtet. Danach liegt auf der estnischen Front schweres Artilleriefeuer der Bolschewisten. Alle bisher von den Bolschewisten unternommenen Angriffe sollen unter großen Verlusten gescheitert sein. Narwa wird fortwährend mit weittragenden Geschützen beschossen und weist große Zerstörungen auf. Die Lage der Stadt ist verzweifelt. Nach einem Bericht aus bolschewistischer Quelle soll die Rote Armee die estnische Front durchstoßen haben, was die Lage der Esten noch ernster gestalten und den Fall von Narwa erzwängen würde. Die Verluste auf beiden Seiten übersteigen 20 000 Mann.

Au der Murmanfront ist wegen der Kälte vollständige Ruhe eingetreten. Die Bolschewisten sehen für einen Frühjahrsfeldzug bedeutende Kräfte zusammen.

Ins Arsenal wird gemeldet, daß Kollischal nunmehr auch Tomsk geräumt hat. Die Freigabe dieser Stadt zeigt, daß die von verschiedenen Seiten verbreitete Nachricht über Fortschritte im Kampf gegen den Bolschewismus nicht den Tatsachen entspricht.

### Die kapitalistische Internationale gegen die Bolschewisten.

Der Pariser Matin meldet: Die Anfang Januar zusammen tretende Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten in Paris wird sich über einen neuen Feldzugsplan gegen das bolschewistische Rußland schlüssig werden. Lloyd George, Clemenceau und Wilson, sowie die japanische Regierung seien sich darin einig, im Frühjahr die Regierung Lenin-Trotski mit Waffengewalt zu stürzen. Die Entscheidung Italiens stehe noch aus. — In der französischen Kammer haben die Sozialisten eine Interpellation eingebracht, die über die Absichten der französischen Regierung gegen den russischen Bolschewismus Aufklärung fordert und nähere Anordnungen über das französisch-griechische Waffenbündnis verlangt.

### Vordringen der Bolschewisten im Süden.

London, 28. Dezember. Nach einer Konstantinopeler Meldung vom 27. Dezember beginnt die Zivilbevölkerung von Odesa wegen des schnellen Vordringens der Bolschewisten die Stadt zu räumen.

### Prüfung des deutschen Werftmaterials.

Der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutka, hat dem deutschen Geschäftsträger Herrn v. Bernatz mitgeteilt, daß die Marinestützpunkte, die mit der Überprüfung der deutschen Werftmaterialbestände beauftragt sind, nach Hamburg reisen und in den nächsten Tagen zunächst mit den schon in Deutschland anwesenden Ententevertretern die Besichtigung der Hafenanlagen usw. vornehmen werden. Die Verhandlungen über die technischen Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrages, zu deren Erfüllung Herr von Simson mit seiner Kommission nach Paris gereist ist, werden Sonntag oder Montag jedenfalls der Verwaltungsbehörden im linksrheinischen Gebiet, im Saarrevier, in Aachen und in Oberschlesien, sowie der Entente-Kommission in Deutschland.

### Berschärfung der Kohlenkrise.

Die Kohlenkrise nimmt nach neueren Meldungen immer mehr einen katastrophalen Charakter an. In Düsseldorf ist die Abgabe von Kraftstrom an die Großabnehmer durch das städtische Elektrizitätswerk ganz gesperrt worden, bis die Zufuhr von Kohlen wieder einsetzt. Die letzten Nachrichten von den Feiertagen aus den einzelnen Bezirken des Industriegebietes lassen wenig Hoffnung, daß die Kohlennot eine baldige Wendung zum Besseren nehmen wird. Viele Betriebe, darunter sehr bedeutende, wie die Thyssenschen Werke, sind überhaupt bis nach dem 4. Januar, also auf zwei Wochen, stillgelegt worden. Im Siegerland steht die Industrie vor einer Katastrophe. Dort verlan den bereits die Arbeiterverbände Maßnahmen der Regierung, um den Arbeitern, welche aus dem Kohlenmangels-folgenden Werken entlassen werden, Verdienstmöglichkeiten durch Bahnbauten zu geben.

In einer Konferenz, die der Vorstand des Allen Bergarbeiterverbandes mit den Betriebsdirektoren des Ruhrgebietes in der Frage der Sechsstundenarbeit abhielt, wurde zwar allgemein deren baldige Einführung erwünscht, aber betont, der gegenwärtige Zeitpunkt sei wegen der ungeheuren Kohlennot und der dadurch verursachten großen Betriebseinstellungen für die Schichtverkürzung außerordentlich ungünstig.

Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, hat der Reichskohlenkommissar, Geheimrat Stüb, um seinen Abschied gebeten. Das Abschiedsgesuch hängt zweifellos mit den sich fast täglich vermehrenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung zusammen.

In Kiel wird seit Sonnabend bis zum 4. Januar 1920 die Abgabe von elektrischem Strom in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags vollständig eingestellt.

Der Massanischen Erz- und Schlittenindustrie droht infolge Kohlenmangels Stilllegung. Eine Arbeiterkonferenz forderte sofortige Kohlenbelieferung, da sonst die Katastrophe unvermeidlich würde.

### Reichsgelder für die Wahlagitiation.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Kaufmann Sonnenfeld senior, der Vater des nach Holland entwichenen früheren Angestellten von Sturz, hat dem Finanzminister nähere Angaben zu seiner Behauptung unterbreitet, daß größere Geldsummen zur rechtssozialistischen Wahlpropaganda aus Sturz' Mitteln bezahlt worden seien.

Er schildert in seinem Schriftstück die Einrichtung und den Betrieb eines umfangreichen „Helferdienstes“ unter einem Schwiegersohn Scherbenau, der seine Bureaus im Reichstagsgebäude hatte und für den auch er (Sonnenfeld) tätig gewesen sei. Auf Veranlassung dieses Helferdienstes seien damals Flugblätter gedruckt und in Massen durch Automobile verbreitet worden, habe man Musikkapellen zu Rundfahrten durch die Stadt engagiert und für Propagandazwecke mindestens 50—60 000 Mk. angegeben. Diese Gelder habe dem Sturz als Ausgabe für die Reichstagsgruppen von der Regierung angefordert und sie seien ihm auch ausgezahlt worden, was sein Sohn zu belegen bereit sei.

### Die Auslieferungsfrage.

Der Pariser Matin bringt einen Artikel über Wilhelm II., worin es u. a. heißt: Seit der Veröffentlichung des Kautsky-Buches über den Ursprung des Krieges arbeitet Wilhelm II. an der Redigierung seiner Verteidigung, die er zweifellos dem König von England vorlegen wird. Weiter wird berichtet, daß auch der Kronprinz auf der Liste der auszuliefernden Personen stehe. Er werde wegen Völlerei, Mord und Diebstahl angeklagt. Der französische Staatssekretär Jonaert, der vor kurzem in London über die Auslieferungsmöglichkeit verhandelt hat, hat der Presse mitgeteilt, daß Frankreich schon seit langer Zeit Vorarbeiten für die Sammlung des Auslieferungsmaterials geleistet habe. Schon seit 1916 sei eine Kommission tätig, die alle laut werdenden Anklagen sammelte. Auf die Anträge dieser Kommission hin habe man jetzt schon zahlreiche Verhaftungen im Reichslande vorgenommen. Auch habe man bereits die Kriegogerichte in Lille und Amiens verdrängen müssen.

### Auf eine Woche verboten.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Gouverneur der Festung Thorn hat das Erscheinen und die Verbreitung der sozialdemokratischen Volksstimme für die Dauer einer Woche verboten, weil das Blatt anlässlich eines Streiks der Thorer Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke durch einen Artikel „Streikbrecher“ angeblich die Ruhe und Sicherheit gefährdet hätte. In dem Artikel wurde das Eintreten der Technischen Nothilfe zur zeitweisen Aufrechterhaltung des Betriebes der Elektrizitätswerke als Streikbruch bezeichnet.

### Französisch-belgische Differenzen?

Aus Brüssel wird gemeldet: Nation Belge bringt in ihrer gestrigen Nummer eine Meldung, wonach die französische Regierung die Lieferung von Eisen für die belgische Industrie einstelle. Der Grund für diese ernste Maßnahme sei, daß die Bergwerksbesitzer die letzten für Frankreich gelieferten Kohlen mit starken Schwungrüben vermengt hätten. Die Aufregung in den industriellen Kreisen Belgiens und Charlerois sei sehr groß, denn die Fabriken würden durch diese Maßnahme mit der Stilllegung bedroht.

### Ueberfall auf die Wohnung des irischen Bizehönigs.

Dublin, 28. Dezember. (W. L. B.) Heute morgen wurde ein Angriff auf die Wohnung des Bizehönigs gemacht. Ein Offizier der Wache wurde getötet, ebenso einer der zwölf Angreifer. Vier Personen, die der Teilnahme an dem Angriff verdächtig sind, wurden in Haft genommen.

### Am Ende des Lateins.

Immer mehr schnellen die Preise für die nötigsten Lebensmittel und Lebensbedürfnisse in die Höhe, so daß sie nur noch von den reichsten Leuten bezahlt werden können. Die Reichsregierung, mit der die Reichsregierung das deutsche Volk „beglückt“, wird nicht nur die größte Verwunderung, sondern bei der Arbeiterklasse auch die größte Empörung auslösen. Der Weizenpreis einschließlich des Kartoffelstreckmehles soll vom 1. Januar 1920 um 40.50 Mk. pro Doppelzentner erhöht werden. Die Erhöhung des Weizenpreises hat einen Brotpreis zur Folge, wie man ihn selbst in den Hungerjahren des Krieges der Arbeiterklasse nicht zu bieten gewagt hatte. In Berlin wird das Pfund Brot 50, in Posen 50, in Leipzig 54 Pfg. kosten. Von 25 auf 30 Pfg. schnell also allein das Pfund Brot im Preise in die Höhe. Die Mehrausgabe beträgt für die Person und Woche 1.25 Mk., bei einer vierköpfigen Familie also wöchentlich etwa 5 Mk. Die Kartoffelpreise steigen ebenfalls, denn der Erzeugerhöchstpreis darf schon vom 15. Dezember d. J. an 10 Mk. betragen, zu diesem Preise kommt vom 1. Januar an durch die reichsgesetzliche Bestimmung von Lieferungspreisen noch ein Preiszuschlag von 2.50 Mk. auf den Zentner. Was das für die Arbeiterfamilien bedeutet, die durch die Sabotagepolitik der Agrarier nicht in der Lage waren, sich im Oktober und November mit Kartoffeln zu versehen, bedarf hier keiner weiteren Auseinandersetzung. Eine weitere Verteuerung eines der wichtigsten Lebensmittels, des Zuckers, tritt ebenfalls ein. Der Zentner soll um 25 Mk. im Preise erhöht werden. Dieser enorme Zuschlag wird zunächst dem Fabrikanten gewährt, wie sich die Erhöhung beim Einzelverkauf stellt, werden wir erst noch erfahren. Jetzt ist die Bevölkerung schon gezwungen, „Auslandszucker“, das Pfund zu 4.10 Mark zu kaufen. Für das nächste Jahr ist aber wieder eine Preis-erhöhung für Rohzucker von 150 Mk. für den Zentner in Aussicht genommen. Diese Erhöhung wird damit gerechtfertigt, daß ein Fonds angeammelt werden soll, aus dem die Fabrikanten für Rohzucker und die Zuckerrübenbauern für die besonderen Kosten dieses Jahres entschädigt werden sollen.

In diesen Preisaufschlägen für die notwendigsten Nahrungsmittel kommt nun noch die Mitteilung von bedeutenden Kohlenpreiserhöhungen. Aber nicht nur eine Erhöhung der Kohlenpreise tritt ein, was die arbeitende Bevölkerung ohnehin schwer belastet, sondern es kommt auch die Nachricht, daß es mit der Kohlenzufuhr sehr dünn bestellt sei. Es wird auch schon die Stilllegung großer Werke im Westen gemeldet, was eine Verengung der Arbeitslosigkeit und damit eine Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Lage notwendig mit sich bringen muß. Die städtischen Gasanstalten erhöhen nicht nur infolge der gestiegenen Kohlenpreise die Gaspreise, sie müssen auch eine weitere Einschränkung des Gasverbrauches mitteilen.

Über die augenblicklich verschärfte Lage auf dem Kohlengebiet unterrichtet die Mitteilung, der Reichskommissar sei von seinem Amte zurückgetreten. In der letzten Zeit sind besonders gegen ihn die heftigsten Angriffe sowohl aus den Kreisen der Industrie als auch der Stadtverwaltungen erfolgt. Man hat ihn vorgeworfen, daß er an der Kohlenkatastrophe in der Hauptsache die Schuld trage. Wie weit diese Angriffe berechtigt sind, läßt sich natürlich nicht ohne weiteres feststellen; sicher aber ist, daß die Angriffe gegen ihn immer heftiger wurden und in der zunehmenden Kohlenkrise eine Stütze fanden.

Alle diese Meldungen zeigen, daß die Reichsregierung mit ihrer Wirtschaftspolitik am Ende des Lateins angelangt ist. Das Wirtschaftsleben kommt nach und nach zum Erliegen. Die Bevölkerung kann sich nicht mehr ernähren, weil sie die ungeheuren Lebensmittelpreise nicht erschwingen kann; die Arbeitslosigkeit nimmt zu und die Regierung samt die sie stützenden Parteien machen nicht den geringsten Versuch, eine völlige Schwendung in dieser verkehrten Politik einzutreten zu lassen. Die Arbeiterklasse ist nicht nur der Not, sie ist auch der Reaktion ausgeliefert. Bürgertum und Agrarier sind organisiert und bewaffnet. Ein Soldatenheer ist gegen die Revolution geschaffen worden. Diese Aufgabe zu erfüllen, hat die Regierung als ihre vornehmste im verflossenen Jahre betrachtet und sie ist ihr auch gelungen. Dafür hat sie aber auch, wie das alte Regime Deutschland militärisch und politisch an den Abgrund gebracht hat, das neue Deutschland in einem Jahre wirtschaftlich vollends ruiniert. So steht sie nun vor einem großen Scherbenhaufen.

Alle Versuche, die Regierung von ihrer verderblichen Politik abzubringen, waren erfolglos. In völliger Verblendung hat sie ihre eigenen Warner an die Luft geblasen, wie den früheren Wirtschaftsminister Willel, der wenigstens noch den Versuch machte